

Sprachgruppen und Mehrsprachigkeit im Burgenland

Gerhard Baumgartner

Das auffallendste Merkmal der österreichischen Minderheitenpolitik ist der unterschiedliche Umgang der verschiedenen Bundesländern und des Bundes mit Minderheiten. Der markanteste Unterschied besteht heute wohl zwischen den Bundesländern Kärnten und Burgenland. Die Wurzeln dieses Phänomens liegen in den abweichenden politischen Rahmenbedingungen der österreichischen und der ungarischen Reishälfte der Monarchie, die für die politische Orientierung der Minderheitenorganisationen - und für den Umgang mit diesen - bis heute prägend werden sollten.

Die nationale Entwicklung der verschiedenen österreichischen Sprachgruppen war durch die politische Konstellation der Donaumonarchie vorgezeichnet: Die Zentralregierung versuchte, die verschiedenen Sprachminderheiten als politisches Gegengewicht gegen die Liberalen über die Beeinflussung durch die katholische Kirche ins konservativ-kaisertreue Lager zu ziehen. Dieser Gegensatz zwischen klerikalen und antiklerikalen Kräften sollte sich zur dauerhaftesten ideologischen Bruchlinie zwischen den politischen Lagern Österreichs entwickeln. Dadurch wurde im späten 19. Jahrhundert die Verwendung einer Minderheitensprache fast synonym mit dem Bekenntnis zum antiliberalen politischen Lager. In der Regel führte dabei nicht die Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe zur politischen Lagerbildung, sondern die politische Lagerbildung wurde bestimmend für die Weiterverwendung der Minderheitensprache und die Politisierung der Sprachgruppenzugehörigkeit - oder der Assimilation.

Im Burgenland waren und sind seit Jahrhunderten vier Sprachgruppen angesiedelt. Neben der deutschsprachigen Bevölkerungsmehrheit leben hier Ungarn, Kroaten sowie Roma und Sinti

Die ungarische Sprachgruppe

Die Sprachgruppe der burgenländischen Ungarn ist sehr klein und beläuft sich auf rund 10.000 Personen, rund 4000 bekennen sich zur ungarischen Volksgruppe. Im Unterschied zu anderen Volk- und Sprachgruppen fehlt den Ungarn ein ausgeprägtes Minderheiten- oder Minderwertigkeitsgefühl. Man ist stolz Ungar zu sein, trotzdem aber ist diese kleine Sprachgruppe einem starken Assimilationsdruck unterworfen. Die burgenländischen Ungarn leben heute hauptsächlich in zwei Sprachinseln um Oberpullendorf/Felsöpulya und Oberwart/Felsöör sowie in kleineren Streugruppen in verschiedenen nordburgenländischen Gemeinden. Bis zum Anschluß des Burgenlandes an Österreich wurde Ungarisch an allen Schulen des Burgenlandes unterrichtet, sodaß viele Angehörige der deutschen und kroatischen Sprachgruppe auch über gute Ungarischkenntnisse verfügen. Der rege Wirtschaftsverkehr seit der Grenzöffnung in den siebziger Jahren, besonders aber nach 1989, hat diese Tendenz wieder verstärkt.

Der Kern der ungarischen Volksgruppe im Burgenland, die Bewohner der mittel- und südburgenländischen Sprachinseln, wurden zwischen dem 10 und 12 Jahrhundert als Grenzwächter des ungarischen Königreiches hier angesiedelt. Sie hatten als Grenzwächter, als "spiculatores", die Bewegungen an der Grenze zu beobachten und notfalls auch militärisch zu verteidigen. Für diese Dienste wurden die Bewohner der Grenzwächtersiedlungen in den Stand der Kleinadeligen erhoben. Sie waren von allen Abgaben und Steuern befreit und mußten im Kriegsfall mit der Waffe Dienst tun. Die Bewohner bildeten gemeinsam die "communitas nobilis", eine Selbstverwaltungskörperschaft, und waren, obwohl nicht wesentlich begütert als ihre untertänigen Nachbarn, dennoch Adelige von Stand. Ihre Privilegien wurden von späteren ungarischen Königen immer wieder bestätigt, so etwa 1482, 1483 und 1503. 1598 wurde von Rudolf II erstmals ein Adelsbrief für eine Einzelperson aus den Grenzwächtersiedlungen ausgestellt.

Während der Reformationszeit wurden weite Teile der Bevölkerung Westungarns protestantisch. Als zu Beginn des 17. Jahrhunderts die adelige Grundherrenfamilie Batthyány wieder zum Katholizismus zurückkehrte, setzte auch in diesem Gebiet die Gegenreformation voll ein. Die kleinadeligen Bewohner der Grenzwächtersiedlungen konnten sich diesem Druck entziehen und blieben zum Teil protestantisch. Die Jahre 1671-1681 werden als die Trauerdekade des westungarischen Protestantismus bezeichnet. Protestantische Lehrer und Prediger wurden des Landes verwiesen und als Galeerensklaven nach Venedig verkauft. Nach der Beilegung der Glaubenskämpfe wurde den Protestanten das Recht auf eigene Kirchen zugesprochen und Oberwart wurde zu einem Zentrum des westungarischen Calvinismus. Dadurch entstand jene absonderliche Situation, daß die Bewohner der drei ungarischsprachigen Nachbarorte des Südburgenlandes verschiedenen Religionsgemeinschaften angehören. Die Bewohner von Alsóör/Unterwart sind Katholiken, die Bewohner von Örisziget/Siget in der Wart sind Lutheraner und in Felsőör/Oberwart finden wir die einzige kalvinistische Gemeinde Ostösterreichs außerhalb von Wien. Auch die schulischen Einrichtungen der ungarischen Sprachgruppe im Burgenland gehen auf die Reformationszeit zurück. Den ersten Beleg für eine protestantische Schule in Oberwart finden wir im Jahre 1650, für Siget in der Wart im Jahre 1651, und mit dem konfessionellen Seminaren, wie dem in Güssing, standen bereits im 16. Jahrhundert weiterführende Schulen zur Verfügung. Zwischen 1784 und 1791 hatte Joseph II. erfolglos versucht, in Ungarn die deutsche Amts- und Unterrichtssprache einzuführen und mit dem Schulgesetz von 1806 kam es zu einem allgemeinen Ausbau des ungarischsprachigen Schulwesens.

Durch die wirtschaftliche Entwicklung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert kam es zu einer bedeutenden Veränderung der Sozialstruktur der ungarischen Sprachgruppe auf dem Gebiet des heutigen Burgenlandes. Einerseits mußten die kleinadeligen Kleinbauern immer stärker auf gewerblichen Nebenerwerb ausweichen, sodaß sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zahlreiche Wein- Holz- und Viehhändler sowie Gerber, Tuchmacher, Schuster und Töpferbetriebe in den Dörfern etablierten. Andererseits kam es durch das stetige Ansteigen der Agrarpreise auf den riesigen Gütern der Adelsfamilien zur Errichtung zahlreicher Meierhöfe, auf ungarisch "Puszta" genannt, die mit Lohnknechten, den sogenannten "Béres" aus Innerungarn besiedelt wurden. Diese Meierhöfe hatten oft die Größe eines Dorfes und unterhielten in einzelnen Fällen sogar eigene Schulen für die Kinder der

Landarbeiter. Wirtschaftlich am untersten Ende der sozialen Skala stehend und meist nur in Form von Naturalleistungen entlohnt, lebten diese Lohnknechte in sozialen und sprachlichen Ghettos und wurden von der bäuerlichen Bevölkerung der Nachbardörfer gemieden und verachtet. Besonders im Gebiet rund um den Neusiedlersee gab es viele solche Meierhofsiedlungen mit ungarischsprachigen Lohnknechten, wie etwa die Siedlungen Neuhof, Zeiselhof, Erdeihof, Paulhof, Mexikopuszta, Albertpuszta, Friedrichshof, Wittmannhof, Kleilehof und Albrechtsfeld.

An den Kämpfen im Zuge der ungarischen Revolution 1848 waren viele Bewohner des heutigen Südburgenlandes beteiligt. Im Raume Oberwart sollen die Nationalgarden eine Stärke von 10.000 Mann erreicht haben, Oberwart selbst wurde von kaiserlichen Truppen belagert. Besonders protestantische Geistliche und Intellektuelle exponierten sich für die Sache der Revolution, ebenso wie viele jüdische Bürger und Kleinbürger der zahlreichen burgenländischen Judengemeinden. Der lutheranische Superintendent Matthias Hauser veröffentlichte einen Hirtenbrief, in dem er zur Unterstützung der Revolution aufrief, der kalvinistische Prediger von Oberwart, Georg Szij wurde Lagergeistlicher der aufständischen Truppen und ungarische kleinadelige Bauern aus Unterwart, Siget in der Wart und Jabing kämpften mit den Aufständischen bis zur endgültigen Niederlage in der Schlacht bei Világos 1849. Nach der Niederschlagung der Revolution wurde die ungarische Sprache auf dem Gebiet des heutigen Burgenlandes durch administrative Maßnahmen zurückgedrängt. Die Wiener Zentralbehörden unterstützten den Gebrauch und Unterricht der kroatischen und deutschen Sprache in Westungarn. Durch den österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 wurde die jeweilige Ortssprache auch zur Unterrichtssprache und Amtssprache der jeweiligen Gemeinden. Wiederholten Magyarisierungsversuchen ungarischer Regierungen in den Jahren 1879 und 1907 war wenig praktischer Erfolg beschieden. Dadurch konnten sich die deutsch- und kroatischsprachigen Gemeinden Westungarns bis zum Anschluß des Gebietes an Österreich im Jahre 1921 behaupten

Gegen die im Staatsvertrag von St.Germain beschlossene Abtretung des Burgenlandes an Österreich mobilisierten ungarische Nationalisten unter der Führung von Paul von Prónay einen Widerstand bewaffneter Freischärlertruppen unter vereinzelter Beteiligung burgenländischer Ungarn. Am 4.Oktober 1921 riefen sie in Oberwart die unabhängige Republik Lajta-Banat aus, auf Druck der ungarischen Regierung zogen die Freischärler jedoch nach einem Monat wieder ab und am 13. November 1921 marschierte das österreichische Bundesheer ungehindert im Burgenland ein. In der als burgenländische Landeshauptstadt vorgesehene Stadt Ödenburg/Sopron stimmten bei einer Volksabstimmung am 14. und 15.12.1921 jedoch 72,8 Prozent für einen Verbleib bei Ungarn. In den Jahren 1921 bis 1938 sah sich die ungarische Sprachgruppe des Burgenlandes zum ersten Mal mit der Tatsache konfrontiert, eine Minderheit in einem deutschsprachigen Nationalstaat zu sein. Ihre Lage war durch die seit der Jahrhundertwende andauernden Auswanderungswelle nach Amerika, vor allem nach Chicago und St. Louis, durch die soziale Struktur der Sprachgruppe und durch eine massiv antiungarische Politik der burgenländischen Landesregierung geprägt. Viele ungarische Beamte, Lehrer und Adelige hatten 1921 das Burgenland verlassen. Die drei größten sozialen Gruppen, die bürgerliche Schicht der "Magyaronen", die bäuerliche Bevölkerung der ehemaligen Kleinadeligengemeinden und die ungarischsprachigen Lohnknechte auf den Meierhöfen waren durch tiefe soziale Gräben getrennt. Für

letztere war ihre ungarische Sprache ein Zeichen ihrer sozial inferioren Stellung, die "Sklavensprache", die man sobald als irgend möglich aufgab. Die bäuerliche Bevölkerung der Sprachinseln war in drei religiöse Gruppen gespalten und fand zu keiner gemeinsamen Strategie und die Gruppe der "Magyaronen" pflegte im allgemein antiungarischen Klima der zwanziger und dreißiger Jahre ihre Sprache nur im privaten Bereich. Der öffentliche Gebrauch der ungarischen Sprache in der Verwaltung wurde untersagt. Der Landeshauptmann gab die Parole aus: "Aufräumen mit Allem was noch Magyarisch ist!" und verbot das "Ungarisch plappern" in den Schulen. In der Folge wurde zwar der Muttersprachen Unterricht in der Volksschule nicht angetastet, aber das bestehende weiterführende Schulwesen in ungarischer Sprache wurde radikal demontiert. Bei der Volkszählung 1934 bekannten sich nur noch knapp 10.000 Personen zur ungarischen Sprachgruppe.

Aus Ablehnung gegen das klerikale Regime des Ständestaates schlossen sich schon vor 1938 viele protestantische Ungarn den illegalen Nationalsozialisten an. Nach dem Anschluß an das Deutsche Reich 1938 wurden in den protestantischen Kirchen von Oberwart und Siget in der Wart Festgottesdienste abgehalten. Im Südburgenland organisierte die NSDAP auch Parteikundgebungen in ungarischer Sprache. Die ungarische Sprachgruppe war, da Ungarn Hitlers Verbündeter war, keiner Verfolgung ausgesetzt und einen organisierten Widerstand auf der Basis eines ungarischen Nationalbewußtseins hat es im Burgenland nicht gegeben. Trotzdem gab es in den ungarischsprachigen Ortschaften große Widerstandsgruppen. In den Jahren 1941 bis 1943 werden im Nordburgenland mehrere kommunistische Widerstandsgruppen ungarischer Landarbeiter aufgedeckt. In Oberwart wurde 1944 eine große Widerstandsgruppe aufgedeckt, 21 Widerstandskämpfer wurden wegen Hochverrates verurteilt und vier von ihnen hingerichtet. Den größten Aderlaß der ungarischsprachigen Volksgruppe aber stellte der Genozid an den 12.000 burgenländischen Juden und Roma dar, von denen ein Großteil zur ungarischen Sprachgruppe gehörte.

Zu Beginn der Zweiten Republik war die ungarische Sprachgruppe weitgehend auf die Bewohner der Sprachinseln des Mittel- und Südburgenlandes zusammengeschmolzen. Erst 1968 wurden die konfessionellen Unterschiede in dieser Gruppe überwunden und in Oberwart der Kulturverein der Burgenländischen Ungarn, Burgenlandi Magyar Kultúregyesület BMKE, gegründet. Die Hauptziele des Vereines waren auf die Anerkennung als Volksgruppe in Österreich und auf die Ausweitung des Ungarischunterrichtes in den weiterführenden Schulen gerichtet. 1976 begrüßte der Kulturverein die Verabschiedung des Volksgruppengesetzes, das den burgenländischen Ungarn erstmals die Anerkennung als Volksgruppe sicherte und beschickte - als einzige Organisation in Österreich - auch den Volksgruppenbeirat im Bundeskanzleramt.

Die Umgangssprache in den ungarischen Dörfern des Burgenlandes ist ein stark mit deutschen Lehnwörtern durchmischter archaischer Dialekt des 16. Jahrhunderts und unterscheidet sich markant von der heutigen ungarischen Hochsprache. Die Sicherstellung der schulischen Ausbildung in der Hochsprache war daher ein vordringliches Ziel des Kulturvereines. Seit 1983/84 wird Ungarisch auch an Hauptschulen als Freigegegenstand unterrichtet, seit 1978/88 Ungarisch als Wahlpflichtfach an den Gymnasien in Oberpullendorf/Felsöpulya und Oberschützen/Felsölövö unterrichtet. Seit 1992/93 besteht

in Oberwart ein mehrsprachiges Gymnasium. Im Jahre 1984 wurde im Regionalprogramm die erste ungarische Radiosendung ausgestrahlt, seit 1987 sind es 25 Minuten wöchentlich, seit 1989 gibt es jährlich 4 halbstündige Fernsehsendungen im Regionalprogramm. In der Frage der zweisprachigen topographischen Aufschriften und der Anerkennung des Ungarischen als Amtssprache im Burgenland konnte der Kulturverein bis heute keine Erfolge verzeichnen. Obwohl 1986 die Stadtgemeinde Oberpullendorf in einem Gemeinderatsbeschuß die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln forderte und in einer Volksbefragung in Siget in der Wart sich über 80 Prozent der Bevölkerung für zweisprachige Ortstafeln aussprachen, wurden diese bisher nicht aufgestellt. Die im Frühjahr angelobte Österreichische Regierung hat jedoch die Aufstellung der zweisprachigen Ortstafeln im Burgenland zu einem Teil ihres Regierungsprogrammes gemacht. Konkrete Schritte sind aber bis dato nicht erfolgt.

Die kroatische Sprachgruppe

Die Sprachgruppe der burgenländischen Kroaten, der Gradišćanski Hrvati, wurde im 16. Jahrhundert im Gebiet des heutigen Burgenlandes, Teilen Westungarns, der Südwestslowakei und im südöstlichen Niederösterreich angesiedelt, als kroatische Bauern vor den herannahenden Türken flüchteten und von adeligen Grundherren aufgenommen wurden. Sie sprachen und sprechen verschiedene archaische kroatische Dialekte der čakavischen, kajkavischen, ikavischen und štokavischen Mundart, sodaß die Umgangssprache oft von Ort zu Ort beträchtliche Unterschiede aufweist. Auch ihre Schriftsprache, das im 19. Jahrhundert vereinheitlichte Burgenländisch-Kroatisch, unterscheidet sich beträchtlich von der modernen Schriftsprache der Republik Kroatien. Die rund 30.000 im Burgenland angesiedelten Kroaten machten im 16. Jahrhundert rund 30 Prozent der Landesbevölkerung aus. Der Großteil der Einwanderer waren Bauern, aber unter ihnen gab es auch Priester, Handwerker, Händler, Kleinadelige und Adelige. Einen rechtlichen Sonderstatus unter ihnen genossen die am Südrand des Günsener Gebirges im Bezirk Oberwart in 13 Ortschaften angesiedelten Vlachi, oder Walachen, die ebenfalls einen eigenen Dialekt sprechen. Sie hatten nur geringe Abgaben zu leisten, waren von der Robot befreit und wurden von den grundherrschaftlichen Familien Batthyány und Erdödy zu militärischen und polizeilichen Aufgaben herangezogen. Im Unterschied zu den übrigen Bauern betrieben sie bis ins 19. Jahrhundert intensive Weidewirtschaft und einen florierenden Vieh und Wollhandel zwischen der Steiermark, Niederösterreich, Ungarn und Bosnien. Weinbau und Weinhandel, Getreideanbau und Viehzucht bildeten jahrhundertlang die wirtschaftliche Grundlage der burgenländischen Kroaten. Unter den kleinbäuerlichen Schichten setzte im 19. Jahrhundert eine starke Arbeitswanderung ein, erst als Erntearbeiter, später als Industrie- und Bauarbeiter in die Industriegebiete des Wiener Beckens, nach Wien und Graz. Gleichzeitig kam es auch zu einer großen Auswanderungswelle in die USA, die um die Jahrhundertwende ihren Höhepunkt erreichte.

Die kroatischen Siedler verpflanzten auch ihre altkirchenslawische Tradition mit der sogenannten glagolitischen Schrift und glagolitischen Liturgie in Burgenland, wie dies im ältesten schriftlichen Dokument der burgenländischen Kroaten im Burgenland, dem Meßbuch von Klingensbach aus dem Jahre 1564 dokumentiert ist. Während der Reformation wirkten im Burgenland verschiedene kroatische Lehrer und Theologen, die die ersten Publikationen in kroatischer Sprache im Burgenland schufen. Der für das

Burgenland bedeutendste von ihnen war der Pastor Gregor Pythiraeus-Mekinich aus Deutschkreutz, der zwischen 1609 und 1611 zwei protestantische Graduale in kroatischer Sprache, die "Dusevne peszne" herausgab. Dem Wirken der kroatischen Reformatoren war nur vorübergehender Erfolg beschieden, dennoch stellen ihre literarischen Früchte den Beginn der kroatischen Schriftsprache im Burgenland dar. Ihre erste Hochblüte erlebte die kroatische Schriftsprache jedoch in der Zeit der Gegenreformation, als kroatischstämmige Bischöfe und Jesuiten im 18. Jahrhundert religiös-erbauliche Werke in kroatischer Schriftsprache unter Volk brachten. Verstärkt wurde die Volksfrömmigkeit der Kroaten auch durch zahlreiche neugestiftete Wallfahrtskirchen wie etwa Frauenkirchen oder Maria Loretto bei Eisenstadt.

Die ersten kroatischen Schulbücher aus den Jahren 1746 und 1747 gingen noch auf Privatinitiativen zurück, 1806 erschien dann das erste richtige Schulbuch für die kroatischen Schulen. In diese Zeit fallen auch die ersten Kontakte mit den Kroaten in der alten Heimat. Einen Meilenstein in der Entwicklung einer eigenen Hochsprache stellte zweifelsohne die Übersetzung der Bibel in die Sprache der burgenländischen Kroaten zu Beginn des 19. Jahrhunderts dar. Der kroatische Volkskundler und Volksliedersammler Fran Kurelac erforschte und zwischen 1846 und 1848 das Volksliedgut der burgenländischen Kroaten. Besonders die seit 1885 erscheinenden Kalender erfreuten sich unter der einfachen Bevölkerung großer Beliebtheit und trugen wesentlich zur Verbreitung und Verfestigung der burgenländischkroatischen Schriftsprache bei. Ihre erste Hochblüte erlebte die burgenländischkroatische Literatur im 19. Jahrhundert mit den Werken von Matthäus Mersich-Miloradić. In dem von ihm seit 1903 herausgegebenen Bauernkalender "Kalendar svete Familije" (Kalender der heiligen Familie) entwickelte er ein einmaliges und bis dahin unerreichtes dichterisches Schaffen und wurde zum Dichter der burgenländischen Kroaten schlechthin. Aus einer Feder stammt auch der Text der "Kroatischen Hymne".

Die Herausbildung einer eigenständigen Kultur der burgenländischen Kroaten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde durch die Zentralregierung in Wien gefördert. Unter dem Eindruck der ungarischen Revolution von 1848 versuchten die Wiener Zentralstellen das liberale, antihabsburgische Lager in Ungarn zu schwächen und begannen die eigenständige kulturelle Entwicklung der kleinen nichtungarischen Volksgruppen zu fördern. Dabei bedienten sie sich in erster Linie der Hilfe der katholischen Priesterschaft, unter deren Aufsicht auch das gesamte Volksschulwesen in Ungarn stand. 1853 erschien eine Schulfibel für Kroaten, die speziell für die burgenländischen Kroaten adaptiert werden mußte. Das Volksschulgesetz von 1868 institutionalisierte den Unterricht in der Muttersprache der Bevölkerung und der steigende Bedarf an Schulbüchern führte zu einer Verfestigung der eigenständigen Schriftsprache auf der Grundlage der čakavischen und ikavischen Dialekte sowie zur Übernahme der modernen Rechtschreibung. In die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts fällt auch die Gründung zahlreicher kroatischer Vereine, die sich der Pflege des kroatischen Brauchtums und Volksliedes widmeten. Zahlreiche Liederbücher von Michael Novakovich, Johann Vokovich und Jakob Dobrovich haben das vielfältige Volksliedgut der burgenländischen Kroaten bis heute lebendig erhalten. Ein burgenländischkroatische Weise, das Volkslied "Ustal jesam rano ja" (Ich bin früh aufgestanden), soll angeblich Joseph Haydn als Vorbild für die von ihm komponierte alte Kaiserhymne "Gott erhalte" gedient haben, die seither als Melodie der deutschen Nationalhymne "Deutschland, Deutschland über alles" weltbekannt wurde.

Den intensiven Versuchen nationalistischer ungarischer Regierungen zwischen 1879 und 1918, die Verbreitung der ungarischen Sprache durchzusetzen und die Minderheitensprachen - auch durch massive Magyarisierungsmaßnahmen im Unterrichts- und Amtssprachenbereich - zurückzudrängen, war nur ein bescheidener Erfolg beschieden. Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1920 beherrschten nur 26,8 Prozent der Bevölkerung des Burgenlandes die ungarische Sprache in Wort und Schrift. Beim Zusammenbruch der Habsburgermonarchie war mehr als die Hälfte der kroatischsprachigen Bevölkerung des Nordburgenlandes bereits in der Industrie beschäftigt, im Mittel- und Südburgenland hingegen betrug der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen noch 67 Prozent. Die Haltung der kroatischsprachigen Bevölkerung in der Frage des Anschlusses des Burgenlandes an Österreich 1920/21 war einerseits bestimmt von Ängsten über die Abschneidung von den Industriegebieten und Märkten im wirtschaftlich entwickelteren Österreich und andererseits von der Angst um den Verlust ihrer muttersprachlichen Volksschulen unter den österreichischen Schulgesetzen. Da nach dem österreichischen Volksschulgesetz, mit seiner strikten Trennung von Kirche und Schule, der Weiterbestand der katholischen muttersprachlichen Volksschulen konkret gefährdet schien, überreichte der 1920 gegründete kroatische Kulturverein "Hrvatsko kulturno društvo" unter der Leitung klerikalkonservativer Lehrer und Priester der Grenzkommission der Siegerkräfte ein Memorandum, worin man den Verbleib der kroatischen Ortschaften bei Ungarn forderte. Dies hatte zur Folge, daß bei der Festlegung der neuen Landesgrenze kroatische Ortschaften im unmittelbaren Grenzbereich mit rund 10.000 Einwohnern zu Ungarn geschlagen wurden.

In der Zwischenkriegszeit spaltete sich die kroatische Sprachgruppe in zwei große politische Lager. Die Auseinandersetzungen entzündeten sich an der Schulfrage. 1920 hatte man die ungarischen Schulgesetze im Burgenland vorübergehend in Kraft belassen. Als die Sozialdemokraten 1922 auf eine Einführung des österreichischen Schulgesetzes im Burgenland drängten und dies auch im Landtag beschlossen wurde, wurde dies von den Christlichsozialen, die für eine Beibehaltung der katholischen Volksschulen im Burgenland eintraten, auf Bundesebene verhindert. Daraufhin wurden in sozialdemokratisch dominierten Gemeinden deutschsprachige Volksschulen gegründet. Die Verwendung der burgenländischkroatischen Schriftsprache war zum Symbol christlich-sozialer Orientierung geworden und sozialdemokratische Kroaten lehnten ihre Verwendung in der Schule und im Amtsverkehr ab, die sozialdemokratische Zeitung "Naš Glas" wurde eingestellt. Dies führte zu einer sehr zurückhaltenden Investitionspolitik des Landes auf dem Sektor des kroatischen Schulwesens, zwar wurde eine Schulbibel publiziert, aber wichtige Punkte wie etwa die Lehrerfortbildung oder das weiterführende Schulwesen blieben auf dem Niveau zusätzlicher Freigegenstände stecken. Kroatische Organisationen wurden zunehmend in die christlichsozialen Parteistrukturen integriert, der 1929 neu gegründete Kroatische Kulturverein sollte zwar überparteilich sein, konnte aber die tiefen parteipolitischen Gräben nicht wirklich überwinden. Durch rege Kontakte mit Kroatien lernten die burgenländischen Kroaten 1922 die Tamburizza, das kroatische Nationalinstrument kennen. In den folgenden Jahrzehnten entstanden viele bis heute aktive Tamburizzagruppen und Chöre und die Tamburizza wurde im Burgenland zu einem Symbol der kroatischen Sprachgruppe schlechthin.

Die weltanschauliche und politische Spaltung der kroatischsprachigen Bevölkerung wurde 1934 durch die Integration der kroatischen Vereine in die Organisationen des Ständestaates noch vertieft. 1937 wurde ein Schulinspektor für das kroatische Schulwesen ernannt und ein für die Minderheit sehr günstiges Minderheitenschulgesetz, das muttersprachlichen Unterricht gestaffelt nach Bevölkerungsanteilen vorsah, erlassen. Seine Einführung kam jedoch durch den Anschluß an das Deutsche Reich im März 1938 nicht mehr zustande. Die Struktur der NSDAP im Burgenland war gekennzeichnet durch ihren hohen Anteil an kroatisch- und ungarischsprachigen Mitgliedern. Viele Arbeitslose und enttäuschte Sozialdemokraten strömten in die illegale NSDAP, der es gelang die Hoffnungen auf wirtschaftliche Besserstellung im Deutschen Reich hervorstreichend, dabei aber die Gefahren des deutschen Nationalismus für die Minderheiten als unwichtig darzustellen. Die NSDAP veranstaltete im Burgenland sogar Parteikundgebungen in kroatischer und ungarischer Sprache. Parteitreue Kroaten wurden mit Führungspositionen im Kulturverein betraut und aus außenpolitischem Kalkül wurden kroatische Politiker von Verfolgungsmaßnahmen vorerst ausgenommen. Als Parteistellen in Berlin 1941 die Umsiedlung der burgenländischen Kroaten ins Gespräch brachten, wurde dies von burgenländischen Parteistellen vereitelt. Erst 1942 wurde die kroatische Zeitung eingestellt. Unnachsichtig zeigte sich die NSDAP allerdings in der Schulfrage. Die konfessionellen Schulen wurden in Staatsschulen umgewandelt, die kroatische Sprache innerhalb weniger Monate fast völlig zurückgedrängt und in den Dörfern wurden Eindeutschungskindergärten errichtet. Kroatische Lehrer und Priester, die sich dagegen auflehnten, wurden entweder strafversetzt oder kamen ins KZ Dachau. Nur einzelne Kroaten schlossen sich aufgrund ihrer antifaschistischen Überzeugung den Titopartisanen in Jugoslawien an.

Nach Kriegsende 1945 nahmen die burgenländischen Kroaten Kontakt mit der Regierung Tito auf und erreichten die Freilassung der burgenländischen Kroaten aus der jugoslawischen Kriegsgefangenschaft. Durch diese Aktion allerdings geriet der Kroatische Kulturverein bald in politische Schwierigkeiten, denn 1947 stellte Jugoslawien bei den Friedensverhandlungen die Forderung nach einem Bevölkerungsaustausch der burgenländischen Kroaten oder einer Kulturautonomie für die Volksgruppe. Der Bevölkerungsaustausch wurde von den burgenländischen Kroaten entschieden abgelehnt und die Forderung 1949, nach dem Bruch Titos mit Stalin auch von der Sowjetunion nicht mehr unterstützt. Die Rechte der kroatischen Minderheit im Burgenland wurden jedoch, ebenso wie die Rechte der Kärntner Slowenen im Artikel 7 des Staatsvertrages von 1955 fixiert. Viel davon sind bis heute nicht - oder nur ansatzweise - erfüllt.

Die politische Spaltung der kroatischsprachigen Bevölkerung konnte auch in der Zweiten Republik lange Zeit nicht überwunden werden. Die kroatischen Organisationen wurden zunehmend in die ÖVP integriert und beanspruchten die Vertretung der burgenländischen Kroaten, wogegen besonders das sozialdemokratisch dominierte "Präsidium der Bürgermeister und Vizebürgermeister der kroatischen und gemischtsprachigen Gemeinden des Burgenlandes" heftig protestierte. Der muttersprachliche Unterricht in den Volksschulen allerdings wurde durch das noch gültige Minderheitenschulgesetz von 1937 wieder eingeführt. Obwohl die Bestimmungen des Staatsvertrages für die rund 30.000 Kroaten des Burgenlandes hinsichtlich höherer Schulen und zweisprachiger Aufschriften nie erfüllt wurden, galt die kroatische Sprachgruppe in den sechziger und siebziger Jahren als die "stille Minderheit". Zu Beginn der

achtziger Jahre kam es zu einer kleinen Renaissance der burgenländischen Volksgruppen, die vor allem durch eine neue Generation von Aktivisten eingeleitet wurde. Vorbei an den starren, parteipolitischen Strukturen der etablierten Verbände entwickelten sich neue Kulturinitiativen. In Veliki Borištof/Großwarasdorf belebte die KUGA-Kulturna Zadruga die Jugendkulturszene der burgenländischen Kroaten und wurde innerhalb weniger Jahre zu einem Zentrum einer kritischen, modernen, nicht volkstümelnden Minderheitenverständnisses. Aus ihrem Umkreis sind nun mehrere kroatischsprachige Rock- und Popgruppen, ein Verlag und viele Ausstellungsinitiativen hervorgegangen. Von hier gingen auch wichtige Erneuerungsimpulse für die etablierte Wochenzeitung, den kroatischen Akademikerklub in Wien und zahlreiche lokale Vereine der Volksgruppe aus. Wenn heute beim jährlich stattfindenden Dan mladine/Tage der Jugend Tracht und Punk, Avantgarde und Volkskunst nebeneinander stehen, so ist dies ein Ergebnis dieser neuen Initiative.

Dem Volksgruppengesetz der Bundesregierung 1976 standen die kroatischen Organisationen ablehnend gegenüber, da es eine Beschneidung ihrer im Artikel 7 des Staatsvertrages garantierten Rechte brachte. Ein Aktionskomitee erreichte 1978 die Einführung kroatischer Radiosendungen in Ö2 mit einer derzeitigen Sendezeit von 300 Minuten pro Woche. Seit 1989 gibt es auch eine wöchentliche Fernsehsendung von 20 Minuten im Regionalprogramm. Verbesserungen auf dem Schulsektor konnten durch die Einrichtung von Schulversuchen in zwei Gymnasien mit Kroatisch als Wahlpflichtfach 1989 und der Errichtung des mehrsprachigen Gymnasiums Oberwart 1992/93 erreicht werden. Aufgrund von Beschwerden einzelner Privatpersonen wurde am 12.12.1987 durch eine Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes ein Teil des restriktiven Volksgruppengesetzes aufgehoben und Burgenländischkroatisch zur zweiten Amtssprache in 6 von 7 Bezirken des Burgenlandes erklärt. Keinerlei Fortschritte konnten bisher im Bereich der topographischen Aufschriften erzielt werden. Die Erfüllung dieses Punktes des Artikel 7 des Staatsvertrages harret seit nunmehr 39 Jahren auf die Durchführung durch die österreichischen Behörden.

Die Sprachgruppe der Roma und Sinti

Wie viele Roma und Sinti heute im Burgenland oder in Österreich leben, läßt sich nur schätzen. Nach Wiedererrichtung der Republik Österreich wurde die Führung sämtlicher Sonderlisten abgeschafft. Auch die Daten der Volkszählungen geben darüber nicht verlässlich Auskunft, da für diese Minderheit lange Zeit nur die Möglichkeit der Angabe "Sonstige" in der Spalte der Umgangssprache vorgesehen war. Die Sprache der Roma und Sinti, das Romanes, ist eine indogermanische Sprache des indischen Sprachzweiges. Bei der Volkszählung 1991 gaben im Burgenland 95 Personen auch Romanes als Umgangssprache an. Die Tatsache, daß aber viele Angehörige der Minderheit nicht unbedingt diese Minderheitensprache verwenden, oder sich nicht zu ihr bekennen, verzerrt die Brauchbarkeit dieser Angaben noch weiter. Schätzungen von Vereinen der Minderheit schwanken zwischen rund 10.000 und 40.000 Romanes-Sprechern in Österreich, wovon rund 3000 im Burgenland leben dürften.

Die Minderheit zerfällt sprachlich und kulturell in mehrere Gruppen. Die am längsten hier ansässige Gruppe bilden zweifelsohne die sogenannten Burgenland Roma, die seit dem 16. Jahrhundert im Gebiet des Burgenlandes siedeln. Sprachlich gehören sie zur Gruppe der Ungrika-Roma, da ihre Sprache mit

ungarischen Lehnwörtern durchsetzt ist. Im 19. Jahrhundert wanderten sogenannte Lovara-Gruppen aus dem slowakisch-ungarisch-karpatoukrainischen Grenzgebiet in die Region um den Neusiedlersee ein. Bis zum Zweiten Weltkrieg hauptsächlich als Pferdehändler tätig, wandten sich viele von ihnen in der Nachkriegszeit dem Marktfahrgewerbe sowie dem Teppich- und Antiquitätenhandel zu. Das von ihnen gesprochene Romanes wird zu den Vlax-Dialekten gezählt, da es viele rumänische Lehnwörter aufweist. Etwa zur selben Zeit kamen die ersten Sinti aus Böhmen und Bayern nach Österreich. Sie grenzen sich traditionell scharf von den Roma ab und sprechen einen mit zahlreichen deutschen Lehnwörtern durchsetzten Romanes-Dialekt. Im Zuge der Gastarbeiterwanderung der sechziger und siebziger Jahre wurden in Österreich auch zahlreiche Roma aus Serbien, der Vojvodina und aus Makedonien in Österreich heimisch.

Die erste urkundliche Erwähnung von Roma im Gebiet des heutigen Burgenlandes stammt aus dem Jahre 1389. 1674 erteilte Graf Christoph Batthyány dem Zigeunerwoiwoden Marton Saközi und seinen Leuten in einer Urkunde das Recht zur Ansiedlung auf seinen Besitzungen im Südburgenland. Die Grundherren des Mittel- und Nordburgenlandes, insbesondere die Adelsfamilie Esterhazy, versuchten dagegen, die Roma aus ihren Besitzungen zu vertreiben und verboten ihre Ansiedlung, wie zum Beispiel 1671 in der Herrschaft Deutschkreutz. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden die Roma im Burgenland grausamst verfolgt. In vielen Orten kam es zum sogenannten "Zigeunerjagen" und 1726 verfügte Kaiser Karl IV., daß alle männlichen Roma hingerichtet und Frauen sowie Kindern ein Ohr abzuschneiden sei. Kaiserin Maria Theresia machte diesen Grausamkeiten ein Ende und begann die Roma im Burgenland sesshaft zu machen. Die Roma erhielten als "Neocolonus" oder "Neubauern" eigenen Grund zugesprochen, nach Ansicht der Kaiserin und der Beamten mußten sie aber erst "zivilisiert" werden. Zu diesem Zweck verordnete Maria Theresia zwischen 1758 und 1767 die Pflicht zur Ansiedlung, zum Militärdienst, zur Erlernung eines Handwerkes, das Verbot des Pferdebesitzes und eine Förderung der Mischehen. Die wohl grausamste Anordnung war jene von 1733, die verfügte, daß Roma-Eltern ihre Kinder weggenommen und christlichen Familien zur Erziehung übergeben werden sollten. Eine sogenannte Zigeunerkonkription Maria Theresias gibt auch Aufschluß über die Berufsstruktur der Volksgruppe im 18. Jahrhundert: 761 waren Musiker, 4229 Schmiede, 5309 Tagelöhner 79 Pferdehändler und 131 Bettler. Joseph II. verschärfte 1783 das Vorgehen gegenüber den Roma noch weiter. Die Verwendung des Romanes wurde verboten, ebenso das Verlassen des Wohnsitzes. Der Schmiedebetrieb durfte nur bei Bedarf ausgeübt werden. Trotz dieser widrigen Umstände dürften bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts etwa 3000 Roma auf dem Gebiet des heutigen Burgenlandes sesshaft geworden sein. In einzelnen Orten kam es zur gänzlichen Assimilation der angesiedelten Familien. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Zuzugsbestimmungen für ungarische Roma in den österreichischen Teil der Monarchie verschärft. 1870 erließ Ungarn ein Ausreiseverbot für Roma und die im österreichischen Gebiet angetroffenen Roma wurden wieder nach Ungarn abgeschoben. In den burgenländischen Dörfern kam es daraufhin zu einem massiven Zuzug sogenannter "deutscher Zigeuner", die aus Niederösterreich und der Steiermark vertrieben wurden. Die burgenländischen Gemeinden versuchten, diese Ansiedlungen zu verhindern, da sie die gesamten Kosten dafür tragen mußten. Damals nahmen die Konflikte zwischen der bäuerlichen Bevölkerung und den neu angesiedelten Romafamilien ihren Anfang. Aus derselben Zeit stammen auch die ersten Belege über die

Anwesenheit von Lovara-Gruppen in den nordburgenländischen Gemeinden Eisenstadt, Mattersburg und Schattendorf. Nach einer Konskription aus dem Jahre 1873 lebten in zahlreichen nordburgenländischen Orten rund um den Neusiedlersee Lovara-Familien, die in erster Linie als Pferdehändler tätig waren und aus dem Gebiet der Karpatoukraine zugewandert sein dürften. Um eine weitere Zuwanderung zu verhindern wurde 1909 verfügt, alle wandernden Roma-Gruppen sofort zu verhaften. Diese Verordnungen trafen die burgenländischen Roma sehr hart. Viele von ihnen übten nämlich - wie zahlreiche andere Handwerker auch - ein sogenanntes Störgewerbe aus, das heißt sie zogen als Kessel- und Kupferschmiede, Scheren- und Messerschleifer, Rastelbinder, Musiker und Bärenführer von Frühjahr bis Herbst von Dorf zu Dorf.

Während des Ersten Weltkrieges wurden viele Roma zum Militärdienst verpflichtet, Frauen und untaugliche Männer wurden von den Behörden zu Arbeiten im Sinne des Kriegseinsatzgesetzes zwangsverpflichtet. Kriegsunterstützungen und Löhne wurden den Roma aber nicht in Geld, sondern in Form von Naturalien ausbezahlt. 1916 wurden allen wandernden Roma die Zugtiere und Wagen abgenommen und dem Militär übergeben. Pferde, Maultiere und Esel durften nur noch mit polizeilicher Genehmigung gekauft werden. In der Zwischenkriegszeit lebte der Großteil der österreichischen Roma und Sinti in traditionellen Gruppenverbänden, die die Weitergabe ihrer Sprache und Kultur gewährleisteten. Sinti und Lovara zogen meist als Wanderhändler nach einem eingespielten Markt- und Wallfahrtskalender von Ort zu Ort. Im Burgenland stellten sie im Sommer das Heer der Tagelöhner und betätigten sich nebenbei als Scherenschleifer, Kesselschmiede und Rastelbinder. Als Schmiede und Dorfmusiker bildeten sie einen festen Bestandteil des dörflichen Sozial- und Kulturlebens. Die Wirtschaftskrise und die hohe Arbeitslosigkeit aber drängte die Roma rasch an den Rand des Existenzminimums. Da sie dadurch der Armenfürsorge der Gemeinden zur Last fielen, verschärften sich die Spannungen zwischen den Roma und der bäuerlichen Bevölkerung sprunghaft. Ämter und Behörden reagierten mit zahlreichen Repressionen gegen das sogenannte "Zigeunerunwesen". Schon 1922, nach dem Anschluß des Burgenlandes an Österreich waren sämtliche Romafamilien in ihren Heimatgemeinden erfaßt worden und 1924 wurden die Bürgermeister angewiesen neuen "Zigeunerbanden" keinen Aufenthalt mehr in der Gemeinde zu gewähren. 1926 wurden alle Roma des Burgenlandes photographiert. Aus einer von der burgenländischen Polizei im Jahre 1933 durchgeführten Erhebung geht allerdings hervor, daß das Schreckensbild vom stehend durch das Land ziehenden "Zigeuner" weitgehend eine Erfindung war. Von den 7153 erfaßten Personen wurden nur 651 als "unstat" registriert. Die wirtschaftliche Notlage der Roma ließ natürlich auch die Zahl der kleinen Lebensmitteldiebstähle und Betrügereien ansteigen. Ein Großteil der so oft zitierten Vorstrafen der burgenländischen Roma in der Zwischenkriegszeit stammte aber in erster Linie aus Übertretungen von neu erlassenen restriktiven Bestimmungen, wie dem Verbot des Hausierhandels, des Bettelns, Vergehen gegen das Meldegesetz und ähnlichen Verwaltungsübertretungen.

Die Feindseligkeiten eskalierten zusehends. In der Gemeinde Sulzriegel stellten die Roma einen Bürgermeisterkandidaten auf, der im ersten Wahlgang auch gewählt wurde. Die Wahl wurde daraufhin angefochten und die Stimmen einiger vorbestrafter Roma wurden als nicht gültig erklärt. In der Stadtgemeinde Pinkafeld wurde den Roma der Aufenthalt zwischen 18h abend und 7h morgens

verboten. 1935 wurde eine Romni in der südburgenländischen Gemeinde Stegersbach von einem Bauern beim Diebstahl eines Christbaumes im Wald ertappt und erschossen, obwohl nach altem Brauch jeder Ortsbewohner aus dem Wald einen Christbaum holen durfte und dies nicht als Diebstahl galt. In einem anderen Ort wurde ein Scherenschleifer, der sich einem Bauernhof näherte, vom Bauer erschossen, weil dieser angeblich eine Brandstiftung befürchtete. In diesem Klima eskalierender Romafeindlichkeit wurden auch die Voraussetzungen für die Verfolgung und Vernichtung der Roma im Nationalsozialismus geschaffen. Nach etlichen "Bürgermeisterkonferenzen" wurde 1936 in Wien eine "Zentralstelle zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens" eingerichtet und die Roma wurden in ihren Wohnorten in eigenen Karteien erfaßt. Die Stimmung wurde noch durch die rassistische Propaganda der illegalen NSDAP angeheizt, die im Burgenland mit der Parole "Das Burgenland zigeunerfrei!" auftrat. Sofort nach dem Anschluß 1938 setzte die Verfolgung der Roma durch die Nationalsozialisten ein. In Westösterreich, wohin in den letzten Jahren vor dem Anschluß mehr und mehr Sinti-Gruppen geflohen waren, wurden sie als "staatenlose Horde" im Lager Maxglan-Salzburg interniert auch in Weyer in Oberösterreich wurden Sinti in einem Lager interniert. Der NS Landeshauptmann des Burgenlandes, Tobias Portschy, hetzte in einer Denkschrift zur Zigeunerfrage mit Parolen wie "Kampf den Eindringlingen und Schmarotzern im nationalsozialistischen Reich. Beschütze dein Blut vor der Zersetzung durch die orientalischen Pestträger!" und forderte die Einweisung aller Roma in Arbeitslager, das Schleifen ihrer Siedlungen und ein Schulbesuchsverbot aller Roma-Kinder. Innerhalb weniger Wochen wurden seine Vorstellungen in die Wirklichkeit umgesetzt. An der Volksabstimmung am 10. April 1938 durften Roma nicht mehr teilnehmen und Mai 1938 wurde den Romakindern der Schulbesuch untersagt. Musiker, die bei der Ausübung ihres Berufes erwischt wurden, wurden mit 100 Mark Strafe oder zwei Wochen Arrest belegt. Am 5. Juni erging vom Reichskriminalpolizeiamt Berlin der Befehl, alle männlichen Roma nach Dachau und Buchenwald zu verschicken, sofern sie nicht bei der Ernte gebraucht würden.

Am 23. November 1940 wurde das "Familienlager" Lackenbach eröffnet, der anfängliche Lagerbestand betrug 180 Häftlinge. Durch die Masseneinweisungen im Frühjahr 1941 klettert er auf bald 2000 Personen. Im Lager Lackenbach wurden Kinder wie Erwachsenen zu schwersten Arbeiten im Straßenbau eingesetzt, die Bedingungen im Lager waren unmenschlich, Seuchen grassierten und zahlreiche Roma starben an den Strapazen. Einige Einheimische versuchten den Roma zu helfen. Baron Rohonczy gelang es, ihm bekannte Roma aus Mitterpullendorf für den Einsatz bei der Rübenernte anzufordern und ihnen zur Flucht nach Ungarn zu verhelfen. 121 Roma konnte er auf diese Weise das Leben retten. Etwa 5000 österreichische Roma wurden im Herbst 1941 in fünf Transporten ins sogenannte Zigeunerlager nach Lodz deportiert und später in Chelmo ermordet. Unter den 20.000 in Auschwitz ermordeten Sinti und Roma waren 2.760 Österreicher. Von den rund 7000 Roma des Burgenlandes haben nur rund 800 den Holocaust überlebt.

Ein Hauptproblem der Überlebenden nach 1945 war, daß sie oft sämtliche Personaldokumente verloren hatten. Ein Erlaß des Innenministeriums vom 20.9. 1948 gegen das Zigeunerunwesen sah die Außerlanderschaffung dieser "staatenlosen" Roma und Sinti vor. Oft wurde den Überlebenden des Roma-Holocaust auch jegliche Opferfürsorge verwehrt. Da Lackenbach offiziell als "Familienlager" galt,

wurden die überlebenden Roma nicht als KZ-Opfer anerkannt. Erst auf Drängen der Opferverbände wurde ihnen 1961 eine Entschädigung zugesprochen. 1984 wurde auf dem Terrain des ehemaligen Lagers in Lackenbach ein Mahnmal errichtet, 1985 auch eines in Salzburg. Bei der Verabschiedung des Volksgruppengesetzes 1976 wurden die Roma übergangen. Der Volksgruppenexperte der Bundesregierung Theodor Veiter stellte fest, daß "ihnen eine Bindung an eine angestammte Heimat abgeht". Ähnlich argumentierte der Verfassungsrechtler Ludwig Adamovich im Jahre 1981, als er die Roma und Sinti als "keine bodenständige Minderheit" bezeichnete. Eine Petition der österreichischen Volksgruppen an die Teilnehmerstaaten der Wiener KSZE-Konferenz 1987 zur Anerkennung der Roma als Minderheit blieb ohne Erfolg. Inzwischen wurden die Roma mit ihren Problemen allein gelassen. Noch immer waren Roma in den burgenländischen Dörfern Diskriminierungen ausgesetzt. 1987 wurde den Roma in Oberwart der Zutritt zu einer Gaststätte verwehrt. Erst durch Intervention der Bundespräsidentenkanzlei gelang es, diese Ungeheuerlichkeiten abzustellen. Besonders kraß waren die Benachteiligungen im schulischen Bereich, da Romakinder wegen ihrer Sprachschwierigkeiten meist in die Sonderschulklassen abgeschoben wurden. Erst 1990 wurde hier durch die Anstellung von zwei Lehrern für die außerschulische Betreuung von Roma-Kindern ein Schritt in Richtung Abhilfe getan.

Ein wichtiger Schritt zur Anerkennung als Minderheit wurde durch die Gründung von Romavereinen und Organisationen gesetzt. 1989 wurde im südburgenländischen Oberwart der Verein "Roma und Sinti - Verein zur Förderung von Zigeunern" gegründet. 1991 folgten die Wiener Vereine Romano Centro und der Kulturverein österreichischer Roma, 1992 der Verband österreichischer Sinti in Villach. Vor allem auf Initiative des Obmanns des Kulturvereins österreichischer Roma, Rudolf Sarközi, wurden die Roma als Mitglieder des österreichischen Volksgruppenzentrums aufgenommen und von dort aus erste Schritte in Richtung Anerkennung als Volksgruppe unternommen. Im Dezember 1993 wurden die Roma - verstanden als Überbegriff für Sinti und Roma - offiziell als Volksgruppe in Österreich anerkannt. Begünstigt hatte diesen Erfolg sicherlich auch das kulturelle Erwachen der österreichischen Roma und die sich seit Ende der achtziger Jahre rasant entwickelnde Roma-Kulturszene. An ihrem Anfang stand das autobiographische Buch "Wir leben im Verborgenen" der Lovarkinja Ceija Stojka im Jahre 1988. Immer mehr Roma begannen sich offen als Minderheitenangehörige zu bekennen, ihre in der Nachkriegszeit zum Teil schon verlorene Sprache wieder zu pflegen und sich mit den kulturellen Traditionen ihrer Volksgruppe auseinanderzusetzen. Impulscharakter hatte dafür die Veranstaltungsreihe "Ausnahmsweise Zigeuner" in Wien 1990, in der erstmals Vertreter von Roma und Sinti aus Österreich ihre Kultur und Tradition einer breiten Öffentlichkeit vorstellten. In kürzester Zeit entstanden zwei Zeitschriften mit regelmäßigen Publikationen in Romanes und es laufen bereits Projekte mit Sprachwissenschaftlern zur Erarbeitung von Lexika und Schriftstandards für die seit Jahrhunderten nur mündlich tradierten Romanes-Dialekte.

Mehrsprachigkeitshierarchie und Mehrsprachigkeitsdynamik

Zwischen den im Burgenland der Zwischenkriegszeit gesprochenen Sprachen bestand aber eine traditionelle Prestigeverteilung mit klar hierarchischer Abstufung, die sich in der

Mehrsprachigkeitsverteilung und Mehrsprachigkeitsdynamik der Bevölkerung offenbarte. In der Regel verfügten dabei die Angehörigen von Bevölkerungsgruppen, deren Sprache und Kultur an letzter Stelle der Prestigeskala rangierte, über Kenntnisse der meisten anderen Regionalsprachen. So waren die burgenländischen Roma der Zwischenkriegszeit fast ohne Ausnahme drei- oder viersprachig und beherrschten neben ihrer Muttersprache Romanes Ungarisch und Deutsch, viele auch Kroatisch und Slowenisch. Die meisten burgenländischen Kroaten verfügten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts über Kenntnisse der drei großen Regionalsprachen Deutsch, Ungarisch und Kroatisch. Untersuchungen zur historischen Mehrsprachigkeit in Dörfern mit dominant kroatischer Umgangssprache belegen, daß die Kenntnisse der beiden anderen Sprachen schon seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts keineswegs nur mehr auf die männliche Bevölkerung beschränkt waren, was besonders auf den hohen Frauenanteil unter den saisonalen Erntearbeitern zurückzuführen sein dürfte. Angehörige der ungarischen und deutschen Sprachgruppe aber waren in der Regel nur zweisprachig. Deutsche beherrschten häufig das Ungarische und Ungarn häufig das Deutsche. Obwohl der Prozentsatz der muttersprachlich ungarischen Bevölkerung im Burgenland der Zwischenkriegszeit nur bei rund 9% lag und selbst in den ungarischen Siedlungszentren in den Bezirken Oberwart/ Felsőőr /Veliki Borta, Oberpullendorf/ Felsőpulya/ Gorna Pulja und Neusiedel am See/ Nezsider/ Niužalj nur knappe 15% erreichte, verfügten zum Zeitpunkt des Anschlusses Burgenlands an Österreich 35% der Landesbevölkerung über Ungarischkenntnisse. Besonders in weiten Teilen des Nordburgenlandes erreichte ihr Anteil rund 50%. Diese Befunde werden auch durch andere Quellen gestützt, die für die ungarischsprachige Bevölkerung des Burgenlandes eine hohe Zweisprachigkeitsrate nachweisen. Schon 1910 beherrschten 57% der ungarischsprachigen Oberwarter auch Deutsch, ein Prozentsatz, der sich in der Zwischenkriegszeit sukzessive erhöhte. Die Ungarischkenntnisse der deutschsprachigen Bevölkerung des Burgenlandes lagen dagegen mit rund 27% wesentlich niedriger.

Das Verhältnis der verschiedenen Sprachen zueinander ist in mehrsprachigen Regionen jedoch nicht nur durch die mengenmäßige und regionale Verteilung der ihrer Sprecher bedingt, sondern auch durch wechselnde sozio-politische Rahmenbedingungen mehrsprachiger Kommunikation- durch eine Mehrsprachigkeitsdynamik.

Bis zum Anschluß des Burgenlandes an Österreich 1921 waren Ungarisch und Deutsch in dieser Region die dominanten Kommunikationssprachen gewesen. Die neugezogenen Staatsgrenzen stellten in der Zwischenkriegszeit eher eine wirtschaftliche denn eine soziale oder sprachliche Trennlinie dar. Sie war vollkommen durchlässig und bedeutete in sprachlicher- ethnischer Hinsicht keine Zäsur für die bestehenden Bindungen und Beziehungen zwischen beziehungsweise innerhalb der Sprachgruppen. Der Anschluß an Österreich setzte jedoch eine Mehrsprachigkeitsdynamik in Gang und eine Verkehrung der Prestigeverhältnisse der Regionalsprachen trat ein.

Im Burgenland wurde sofort nach der Eingliederung des Gebietes das Ungarische als Landessprache ausgeschaltet. Ehemals mehrsprachige Bevölkerungsgruppe wie Roma und Kroaten begannen sich zu bilingualisieren. Ehemals deutsch- ungarisch zweisprachige Gruppen aus der Intelligenz, der Beamtschaft, dem lokalen Bürgertum und den christlich-sozial orientierten Großbauern hörten auf, ihre

ungarische Zweitsprache an ihre Kinder weiterzugeben. Diese Tendenz wurde durch einen starken Germanisierungsdruck seitens der nicht-klerikalen Parteien der Sozialdemokraten, Großdeutschen und dem Bauernbund noch wesentlich beschleunigt. Die politische Atmosphäre des ersten Jahrzehnts der Zwischenkriegszeit war im Burgenland durch eine ausgesprochen aggressiv deutsch-nationale und ungarnefeindliche Stimmung geprägt. "Österreich ist deutsch!" war eine der Kernaussagen der burgenländischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit, ein Credo das in den Parteiblättern immer wieder vorgebetet wurde:

"Wer wußte auch schon in Deutschland, daß in dem Dreiländereck zwischen Niederösterreich, der Steiermark und Ungarn ein Ländchen lag, kerndeutsch in Wesen und Gesinnung." (Burgenländische Freiheit Jg.9/9, 1929.)

"Trotz jahrhundertelanger Fremdherrschaft ist das Burgenland deutsch geblieben, eine Leistung die nicht jeder deutsche Stamm aufweisen kann!" (Burgenländische Freiheit Jg.7/21, 1927.)

Die Burgenländische Freiheit, das Zentralorgan der burgenländischen Sozialdemokraten versuchte, den deutschen Charakter des Burgenlandes historisch zu beweisen, indem es behauptete, daß das Burgenland seit der Völkerwanderung ein geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet darstellte. Auf die Haltung, besonders aber auf das Sprachverhalten der burgenländischen Kroaten und Ungarn sollte das nicht ohne Wirkung bleiben. Besonders gegen die Weiterverwendung der ungarischen Sprache im öffentlichen Bereich wurde rigoros vorgegangen. Man verlangte die Entfernung der noch verbliebenen ungarischen Aufschriften, die Wiedereindeutschung magyarisierter Familiennamen und die ausschließliche Verwendung der deutschen Ortsbezeichnungen im Postverkehr. Eine pro-ungarische Haltung wurde als Ausdruck einer antiösterreichischen Einstellung sowie einer antidemokratischen und klerikal-konservativen Orientierung interpretiert. Die Devise der Zeit formulierte der Programmatiker der burgenländischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit Ludwig Leser in der Festschrift "10 Jahre Burgenland" : *"Aufräumen mit allem was noch magyarisch ist!"*. Besonders der Klerus wurde - zu recht - als ungarischfreundlich eingestuft, und - zu unrecht - als österreichfeindlich verleumdet. Entscheidend wirkte sich dieser Kurswechsel auf dem Gebiet des Schulwesens aus. Für die ungarischsprachigen Burgenländer war bis 1921 die Möglichkeit zur Ausbildung in der Muttersprache auf allen Ebenen gegeben. Damit war die ungarische Sprachgruppe zweifelsohne bevorzugt, denn während der Großteil der Roma-Schulkinder überhaupt nicht eingeschult war und für die kroatische Bevölkerung nur 55 Volksschulen aber keinerlei weiterführende Bildungsanstalten existierten war im Jahre 1921 ein funktionierendes ungarisches Schulsystem vorhanden. Wenn die burgenländische Landesgeschichtsschreibung behauptet, daß "das Minderheitenschulwesen...zur Zufriedenheit beider Teile gelöst" wurde "...ohne Zwang und in feiner Harmonie...", und daß "...den Kroaten und Ungarn auf dem Sektor Schule weitgehende Autonomie gewährt" worden sei (Zimmermann, Glavanits, Sattler, 23.), so entspringt diese Behauptung dem reinen Wunsdenken der Chronisten. In Wirklichkeit erfolgte in der Ersten Republik in einer Atmosphäre ungeheuren deutschnationalen Ungarnhasses die systematische Demontage und Zerschlagung sämtlicher Unterrichtseinrichtungen ungarischer Sprache, die nicht im Bereich des konfessionellen Schulwesens angesiedelt und daher unantastbar waren. Daß nach 1921

noch 9 ungarischsprachige Volksschulen erhalten blieben ist einzig und allein auf die Beibehaltung des ungarischen Schulgesetzes bis 1937 zurückzuführen, das dem Schulerhalter die Wahl der Schulsprache freistellte.

Der Schulfrage war es auch, die die politischen Auseinandersetzungen in und um die kroatische Sprachgruppe in der Zwischenkriegszeit polarisieren sollte. Schon während der Anschlußverhandlungen hatte eine Gruppe kroatischer Kleriker aus Besorgnis um den kroatischsprachigen Unterricht in den Volksschulen und aus Angst, ihren Einfluß auf das Schulwesen völlig zu verlieren, sich mit einem Memorandum an die interalliierte Kommission gewandt und darin den Verbleib der kroatischen Dörfer bei Ungarn verlangt. Die Frage der Unterrichtssprache in den burgenländischen Schulen und die politischen Auseinandersetzung um die - mißglückte - Einführung des österreichischen Schulgesetzes in den burgenländischen Volksschulen sollte in der Zwischenkriegszeit zum Hauptangelpunkt der politischen Lagerbildung der burgenländischen Sprachminderheiten werden. Die Verfassungsübergangsverordnung für das Burgenland legte nämlich fest, daß sämtliche ungarischen Bestimmungen solange in Kraft bleiben würden, bis sie durch entsprechende Beschlüsse des burgenländischen Landtages ersetzt waren. Beim Anschluß des Burgenlandes an Österreich waren von den 388 Volksschulen des Burgenlandes 318 konfessionell, elf waren Gemeinde- und sechs Privatschulen. Nur 53 Volksschulen wurden staatlich geführt. Das ungarische Schulgesetz räumte bei den konfessionellen Schulen dem sogenannten "Schulstuhl" - in der Regel unter Vorsitz des örtlichen Geistlichen - eine führende Rolle ein. Er übte die Aufsicht über die Lehrer aus und bestimmte die Unterrichtssprache. Ein Antrag auf Abschaffung dieser Bestimmungen wurde bereits in der ersten Landtagssitzung am 1. August 1922 eingebracht und gegen die Stimmen der Christlichsozialen beschlossen. Doch auf Bundesebene konnte das Inkrafttreten des neuen Landesgesetzes von den Christlichsozialen verhindert werden und die konfessionellen Dorfschulen mit ihrem Unterricht in kroatischer und ungarischer Sprache blieben de facto bis 1938 erhalten. Der Unterricht in der Muttersprache wurde 1937 durch ein Minderheitenschulgesetz noch stärker rechtlich abgesichert. Der Ständestaat versuchte dergestalt, die Sprachminderheiten Österreichs durch minderheitenfreundliche Schulgesetze an sich zu binden und so ein Gegengewicht gegen den immer stärker werdenden Deutschnationalismus und Nationalsozialismus zu schaffen.

Die kroatischsprachige Bevölkerung wurde durch diesen Schulstreit in einen pro-deutschen sozialdemokratischen und in einen klerikalen Flügel gespalten. Sämtliche späteren Einigungsversuche unter den kroatischen Organisationen, vor allem aber der Versuch der Gründung einer kroatischen Partei, scheiterten in der Zwischenkriegszeit an diesem politischen Gegensatz. Sozialdemokratisch orientierte Kroaten verwendeten zwar ihre Muttersprache weiterhin in der familiären und dörflichen Kommunikation, sprachen sich aber rigoros gegen den Unterricht in der Muttersprache oder gegen die öffentliche Verwendung des Kroatischen als Amtssprache aus.

In einer besonderen Situation befanden sich die Roma und Sinti. Der Holocaust an den österreichischen Sinti und Roma vernichtete mit den Menschen fast auch die kulturelle Tradition dieser Minderheit. In den Nachkriegszeit konnte man ihre Sprache auch in den burgenländischen Dörfern nur selten hören. Selbst Mitglieder meiner Generation, die mit verschiedenen Kindern aus Roma-Familien die

Schulbank gedrückt haben, hätten bis vor wenigen Jahren noch geschworen, daß die Sprache der Burgenland Roma eigentlich mehr oder minder ausgestorben ist, daß höchstens noch ein paar Alte sie beherrschen. Wie alle Sprachminderheiten Österreichs unterlagen auch die Roma und Sinti ab den frühen sechziger Jahren einer galloppierenden sprachlichen Assimilation. Jedoch auch dort wo die Sprache noch gesprochen wurde, wurde sie oft verheimlicht, als Geheimsprache gegenüber den Gadsche, den Nicht-Roma - betrachtet. Die traditionell starke Innenorientierung der Roma und Sinti hatte sich infolge der Traumatisierung durch die nationalsozialistische Verfolgung noch verstärkt.

Neuere Tendenzen

Prägendes Element der österreichischen Politik gegenüber den Sprachminderheiten nach 1945 war ihre Konzeptlosigkeit. Minderheiten und ihren Organisationen wurden in der Zweiten Republik immer gerade soviel Rechte gewährt, wie innen- oder außenpolitisch gerade nötig war. Nicht "soviel Rechte wie möglich", sonder "sowenig Rechte als unbedingt nötig" war die handlungsleitende Maxime. Andererseits war die Politik den österreichischen Sprachminderheiten gegenüber immer deutlich von außenpolitischen Erwägungen dominiert. Dennoch konnten die romanes-, ungarisch- und kroatischsprachigen Burgenländer ihre Sprachkulturen erhalten. Ermöglicht wurde dies durch vereinzelte, hart erkämpfte Zugeständnisse an die Sprachminderheiten von seiten der Bundes- und Landesregierung.

So wurde mit der Errichtung des Zweisprachigen Gymnasiums in Felsőör/Oberwart mit je einem ungarischen und einem kroatischen Klassenzweig ein alter Traum der burgenländischen Minderheitenorganisationen Wirklichkeit, wenn auch nicht ganz so wie man es sich immer gewünscht hatte. Der Kroatische Kulturverein HKD sprach sich entschieden gegen Felsőör/Oberwart als Standort des Projektes aus, da die Mehrzahl der kroatischsprachigen Burgenländer im Nord- und Mittelburgenland beheimatet sind. Die letztendliche Entscheidung für den Standort Felsőör/Oberwart dürfte allerdings darauf zurückzuführen sein, daß von seiten der damaligen ungarischen Regierung auf die Errichtung einer ungarischsprachigen Mittelschule in Österreich - vorzugsweise in Wien - gedrängt wurde. Dies traf sich auch mit den Plänen des Österreichischen Volksgruppenzentrums, das schon seit Jahren an den Plänen für ein Volksgruppengymnasium für die in Wien lebenden Angehörigen aller österreichischen Volksgruppen arbeitete, wobei auch ein türkischsprachiger Klassenzug vorgesehen war. Da sich die Stadt Wien aber gegen die Errichtung eines solchen Volksgruppengymnasiums - besonders mit einem türkischsprachigen Klassenzug - sträubte, bot sich die Verwirklichung des Zweisprachigen Gymnasiums in Felsőör/ Oberwart/ Veliki Borta an, um mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Dem Drängen der ungarischen Regierung nach Errichtung eines ungarischsprachigen Gymnasiallehrganges - wenn auch nicht in Wien - wurde dadurch Genüge getan, die Republik Ungarn konnte gegen ein Gymnasium im Siedlungszentrum der ungarischsprachigen Minderheit im Burgenland schlecht argumentieren, und dem Projekt eines Volksgruppengymnasiums in Wien war damit wieder der Wind aus den Segeln genommen. Gleichzeitig konnte man nun weitere Forderungen kroatischer Minderheitenorganisationen aus dem Burgenland nach einer kroatischsprachigen Mittelschule mit dem Hinweis auf das Zweisprachige Gymnasium iOberwart abschmettern. Und gegen die Einrichtung eines kroatischsprachigen Klassenzugs in

Felsöör/ Oberwart/ Veliki Borta konnten die kroatischen Minderheitenorganisationen schlecht argumentieren. Die Instrumentalisierung der österreichischen Minderheitenpolitik für außenpolitische Interessen und ihre Abhängigkeit von internationalen Konstellationen wird immer wieder spürbar.

Eine große Überraschung war die relativ rasche und unkomplizierte Anerkennung der österreichischen Roma und Sinti als Volksgruppe im Jahre 1993. Nach jahrelangen Bemühungen war es den Vertretungsorganisationen mit Unterstützung des Volksgruppenzentrums gelungen, sämtliche Gegenargumente zu entkräften. Gleichzeitig war Österreich nach der international geführten Waldheimdebatte bestrebt, sich bei der Behandlung einer im Holocaust fast völlig ausgelöschten Minderheit nicht neuerlich eine Blöße zu geben. Eine Ablehnung hätte sich wohl auch schlecht mit dem Engagement Österreichs im Rahmen der KSZE vertragen, in der Österreich damals eine Vorreiterrolle für die Durchsetzung von Minderheitenschutzbestimmungen zu spielen beabsichtigte. Der Romaverein Oberwart hat sich in den letzten Jahren zu einem Kristallisationspunkt der Erneuerung der Romakultur im Burgenland entwickelt. Zusammen mit dem Kulturverein österreichischer Roma in Wien setzten sie die wesentlichen Impulse zur Erstellung eines Wörterbuchs der Burgenland-Romanes sowie zur Ausarbeitung von Schulmaterialien in dieser Sprache. Seit 1998 erscheint in Oberwart die erste Zeitung in der Sprache der Burgenland-Roma, Romani Partrin. Ermutigt durch die Erfolge des Romavereines in Oberwart konstituierte sich zu Jahresbeginn 1997 auch in Güssing ein Romaverein namens "Newo Drom". Eine rechtliche Möglichkeit zur Einrichtung von Romanes-Klassen wurde mit dem neuen burgenländischen Minderheitenschulgesetz 1994 geschaffen.

Von den Minderheitenorganisationen der Roma freudig begrüßt, wurde es von Lehrern an kroatischsprachigen Schulen als "der Anfang vom Ende des zweisprachigen Schulwesens im Burgenland" bezeichnet. Das Gesetz trug der Kritik des Verfassungsgerichtshofes Rechnung, wonach kroatischsprachiger Unterricht im ganzen Burgenland gewährleistet sein muß, und ermöglichte erstmals die Schaffung kroatischsprachiger Klassen auch außerhalb der traditionellen Minderheitengemeinden. Im Gegenzug wurde aber in Angleichung an das Kärntner Minderheitenschulgesetz eine Abmeldung vom zweisprachigen Unterricht ermöglicht. Auch unterblieb jegliche Definition des zweisprachigen Unterrichts, sodaß es nur am Lehrer und an der Sprachkompetenz der Schüler liegt in welchem Ausmaß Kroatisch im Unterricht verwendet wird. Diese Deregulierung birgt zwar zweifelsohne viele Chancen für den Unterricht in den Minderheitensprachen, gleichzeitig besteht aber die Gefahr, daß der muttersprachliche Unterricht in den Minderheitensprachen zu einer Art unverbindlicher Übung verkommt. Mit dem Burgenländischen Kindergartengesetz 1995 sind erstmals auch zweisprachige Kindergärten im Burgenland vorgesehen.

Die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Migration und besonders der kleinräumigen Kontakte über die ehemals "toten" Grenzen verwandelten nach 1989 die bis dahin eher exotischen Kenntnisse osteuropäischer Sprachen in einen begehrten kommunikativen und ökonomischen Vorteil. Erstmals seit 1945 kam es zu einer Entkoppelung von Sprachgebrauch und ethnischer Identifikation. Besonders ungarischsprachige Burgenländer fühlten sich in ihrer Identität gestärkt. Hatte man in den siebziger und achtziger Jahren in der Öffentlichkeit – mit dem Beründung "nicht richtig" oder "nicht mehr gut genug" Ungarisch zu sprechen – eher die deutsche Sprache bevorzugt, so machte sich ab Mitte der

neunziger Jahre ein unbekümmerter, selbstsicherer Umgang mit dem heimischen ungarischen Dialekt bemerkbar. Im Nordburgenland, wo es in der zahlenmäßig starken zweisprachigen Bevölkerungsgruppe der ehemaligen Bewohner der Meierhöfe jahrzehntlang keine ungarischsprachigen Vereinsbildungen oder Kulturverinitiativen gab, taten viele ihre Zugehörigkeit zur Sprachgruppe nun auch öffentlich kund. Ein anschauliches Beispiel dieser Entwicklung war das erste Treffen der ehemaligen Bewohner des einst ungarischsprachigen Meierhofes Albrechtsföld/Albrechtsfeld. Aufgebracht durch die diskriminierende Nichterwähnung in der Gemeindechronik der politischen Gemeinde Andau begann eine Gruppe eine Dokumentation des Lebens auf dem ehemaligen Meierhof Albrechtsföld/albrechtsfeld zu erstellen und diese auf einem Treffen ehemaliger Bewohner im Jahre 1996 zu präsentieren. Zur Überraschung der Organisatoren erschienen zum Treffen auf dem heute unbewohnten Meierhof 600 ehemalige Bewohner aus dem In- und Ausland, manche sogar in ungarischer Tracht.

Auch viele deutschsprachige Burgenländer begannen, angeregt durch die Geschäftsmöglichkeiten mit und in Ungarn, ihre rudimentären Ungarischkenntnisse in Sprachkursen zu vertiefen oder die Sprache von der Pike auf zu lernen. Der öffentliche Gebrauch der Minderheitensprachen hat auch den Nimbus der Irredenta weitgehend verloren und wird heute zunehmend als wirtschaftliches Asset, wenn nicht als Notwendigkeit bewertet. Eine weitere Liberalisierung des Unterrichtes in den Minderheitensprachen ergab sich in Zuge des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union 1995. In den Beitrittsverhandlungen zur EU wurde vereinbart, daß an österreichischen Schulen - wie ansonsten EU-Norm - nicht unbedingt zwei weitere Sprachen der Europäischen Union unterrichtet werden müssen, es kann auch eine der Sprachen der österreichischen Nachbarländer unterrichtet werden. Diese Chance haben inzwischen zahlreiche Schulen des Burgenlandes genutzt und Ungarischklassen eingerichtet.

Bestärkt wird diese Entwicklung auch durch Versuche, den burgenländischen Minderheitensprachen auch im Privatrado zur Geltung zu verschaffen. Als Ergebnis einer langjährigen Diskussion um die Bedeutung der elektronischen Medien für das Überleben von Minderheitensprachen wurde 1994 der Verein MORA – Mehrsprachiges Offenes Radio gegründet, der seit 1999 in Kooperation mit einer Privatradiogesellschaft aus einem Studio in Pinkafeld/ Pinkaföld das mehrsprachige burgenländische Regionalradio Antenne 4 betreibt, mit Sendungen in Deutsch, Ungarisch, Kroatisch und Romanes.

Burgenländische Minderheitensprachen heute

Die burgenländischen Sprachminderheiten sind heute, am Vorabend des 3. Jahrtausends auf kleine Gruppen mit einem sehr hohen Minderheiten- und Sprachbewußtsein zusammengeschrumpft. Die kroatische Sprachgruppe konnte zwischen den Volkszählungen 1981 und 1991 einen leichten Anstieg von 18.648 auf 19.109 Personen verzeichnen, wobei sich der Zuzug von Kriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien hier deutlich bemerkbar gemacht haben dürfte. Der Anstieg der ungarische Sprachgruppe zwischen 1981 und 1991 von 4.147 auf 4.973 Personen dürfe durch eine verstärkte Migration im Zuge der Ostöffnung zurückzuführen sein. Im Jahre 1991 bekannten sich erstmals auch 93 Burgenländer als Roma und dokumentierten dadurch, daß unter dieser Bevölkerungsgruppe ein neues stolzes Minderheitenbewußtsein im Entstehen begriffen ist.

Kindergärten mit Kroatisch als Erziehungssprache gab es im Schuljahr 1992/93 in 25 Gemeinden, in ihnen wurden 918 Kinder betreut, davon 234 mit Kroatisch als Muttersprache. In 10 kroatisch-deutsch zweisprachigen Volksschulen, 18 Volksschulen mit kroatischem Sprachunterricht wurden 1.308 Kinder zweisprachig unterrichtet, davon 511 mit Kroatisch als Muttersprache. An 4 Volksschulen mit Kroatisch als Freigegegenstand hatten 62 Kinder dieses Fach gewählt. An einer zweisprachigen Hauptschule, 4 Hauptschulen mit Kroatisch als Wahl- oder Pflichtfach und sieben Hauptschulen mit Kroatisch als Freigegegenstand wurden 291 Kinder zweisprachig unterrichtet. An einem Zweisprachigen Gymnasium, an 6 Mittleren und Höheren Schulen mit Kroatisch als Wahl- oder Pflichtfach und 6 weiteren Mittleren und Höheren Schulen mit Kroatisch als Freigegegenstand erhielten 356 Schülerinnen und Schüler kroatischen Sprachunterricht.

In 4 Kindergärten mit Ungarisch als Erziehungssprache wurden im Schuljahr 1992/93 35 Kinder betreut. In zwei zweisprachigen Volksschulen und 9 Volksschulen mit Ungarisch als Freigegegenstand wurden 50 Kinder zweisprachig unterrichtet, 170 belegten Ungarisch als Freigegegenstand. An einer Hauptsschule (seit 1993/94 mit Ungarisch als alternativem Pflichtgegenstand), einer Hauptschule mit Ungarisch in Leistungsgruppen und 8 Hauptschulen mit Ungarisch als Freigegegenstand nahmen 229 Hauptschüler am Ungarischunterricht teil, davon 55 mit ungarischer Muttersprache. Am Zweisprachigen Bundesgymnasium in Oberwart/Felsöör, an 4 Mittleren und Höheren Schulen mit Ungarisch als Wahl- oder Pflichtfach sowie 7 Mittleren und Höheren Schulen mit Ungarisch als Freigegegenstand besuchten 155 Schüler den Ungarischunterricht.ⁱ Am Zweisprachigen Gymnasium in Felsöör/ Oberwart /Veliki Borta sind die Schülerzahlen seit 1992/93 auf über 200 Schüler gestiegen. Romanes wird derzeit an keiner Schule des Burgenlandes unterrichtet, die ersten Schulmaterialien werden aber bereits in einzelnen Schulen in den mehrsprachigen Unterricht eingebaut. So produzierten 1996 Schülerinnen und Schüler der Volksschule Alsoör/Unterwart zusammen mit ihren Lehrern im Rahmen des Religionunterrichtes ein dreisprachiges Gebetbuch in Deutsch, Romanes und Ungarisch. Und seit 1997 publiziert der Verein der burgenländischkroatischen Pädagogen ZORA eine ganze Reihe hervorragender Unterrichtsmaterialien in sämtlichen Minderheitensprachen des Burgenlandes. Diese Projekten bergen den Keim der Hoffnung für eine gemeinsame Zukunft der burgenländischen Sprachgruppen in sich.

Für die zukünftige Entwicklung der burgenländischen Sprachminderheiten lassen sich gegensätzliche Trends erkennen. Generell scheint sich das Schwergewicht der Sprachvermittlung von der Familie in die Schule zu verlagern. Immer mehr Eltern, denen die Muttersprachenvermittlung in gemischtsprachigen Gemeinden oder Mischehen nicht glückt, hoffen, daß die Schule ihren Kindern auch gesicherte Kenntnisse in der Minderheitensprache vermittelt. Diesem Niedergang der primären Sprachvermittlung und den Verlust der Sprachkompetenz steht interessanterweise eine stärkere und ungezwungenere Betonung der Minderheitenzugehörigkeit in der Öffentlichkeit und eine starke Folklorisierung der Volksgruppentraditionen gegenüber. Während die Zahl der Tamburizza- und Volkstanzvereine steigt, nimmt die Zahl der aktiven Sprecher der Volksgruppensprachen ab. Die Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe manifestiert sich immer weniger im Lebensalltag sondern verlagert sich in den Bereich der symbolischen Handlungen. Parallel mit der Folklorisierung der Volksgruppenkultur geht eine

Professionalisierung derselben einher. Begünstigt wird dies durch eine Anzahl von Minderheitenförderungen aus EU-Mitteln. Minderheitenkultur, bis in die siebziger Jahre noch selbstverständliche Lebensform bäuerlicher Dorfgemeinschaften des Burgenlandes, droht in den kommenden Jahrzehnten vollkommen zu einer Freizeitaktivität abzusinken. Die Lebenspraxis der Großeltern - ihre Bräuche, ihre Kleidung und ihre Eßkultur - und ihre Sprache drohen in von bezahlten Traditionspflegern zelebrierten nostalgischen Ritualen zu erstarren. Gleichzeitig scheint es diese Verflachung der Minderheitenkultur aber weiten Kreisen der burgenländischen Bevölkerung zu ermöglichen, sich relativ ungezwungen zu den vielfältigen multiethnischen Wurzeln ihrer Familien zu bekennen.

Der scheinbaren Liberalisierung, der friedlichen Multikulturalität, den vordergründigen Erfolgen und der Tendenz zu einer Normalisierung der Sprachverwendung steht aber auch im Burgenland eine lebensbedrohende Radikalisierung der Minderheitenfrage in den Jahren 1993-1996 gegenüber. Auf eine Veranstaltung des Wiener Roma-Vereines Romano Centro wurde 1993 ein Schußwaffenattentat und auf Minderheitenvertreterinnen und -vertreter wie Terezija Stojšits wurden Bombenattentate verübt. Am 4. Februar 1995 fielen in Felsőőr/Oberwart vier Roma einem rassistisch motivierten Bombenanschlag zum Opfer und im nahegelegenen Stinatz/Stinjaki wurde ein Mann durch eine auf der Straße deponierte Paketbombe schwer verletzt. Diese Opfer sind der Höhepunkt einer neuen, seit fünf Jahrzehnten unbekanntenen Welle von Gewalt gegen Minderheitenangehörige im Burgenland. Deutlicher als alle verbalen Entgleisungen und euphemistischen Umdeutungen des Nationalsozialismus symbolisieren diese Toten und Verwundeten das Ende eines antifaschistischen Grundkonsenses, der seit 1945 zu den Eckpfeilern der politischen Kultur der Zweiten Republik zählte.

Bibliographie

- 10 Jahre Burgenland, Eisenstadt 1931
- A Magyar Szent Korona Országainak 1910 Evi Népszámlálása, Budapest 1912
- Amt der Burgenländischen Landesregierung, Abt. IV (Hg.), Die Bevölkerungsentwicklung im Burgenland zwischen 1923 und 1971, Eisenstadt o.J.
- Az 1920.évi népszámlálás I. kötet. Demográfiai adatok. Magyar Statistikai Közlemények. Uj sorozat/69. kötet. Budapest 1923.
- Barker Thomas M., The Croatian minority of Burgenland. In: Journal of Central European Affairs 19 (1959), S. 32 - 56.
- Baumgartner Gerhard, Prolegomena zum Sprachverhalten ungarischsprachiger Burgenländer, in: Holzer Werner und Rainer Münz (Hg.), Trendwende? Sprache und Ethnizität im Burgenland, Wien 1993, S. 215-235.
- Baumgartner Gerhard, Eva Müllner und Rainer Münz (Hg.), Identität und Lebenswelt. Ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt im Burgenland, Eisenstadt 1989.
- Baumgartner Gerhard u. Bernhard Perchinig: Minderheitenpolitik in Österreich 1945-1989, in: Handbuch des politischen Systems Österreichs
- Bundespressedienst (Hg.), Grundlagenbericht der Bundesregierung über die Lage der Volksgruppen, Wien 1990.
- Csenár Aladar, Tamburizza und Folklore im Burgenland, Unterpullendorf 1983.
- Cenar Jurica, Bog u Dahavi. Memoari Matijasa Semelikera, Mattersburg / Matrstof1988.
- Dachs Herbert, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Franz Horner, Helmut Kramer, Volksmar Lauber, Wolfgang C. Müller, Emmerich Talos (Hg.), Handbuch des politischen Systems österreichs. Die Zweite Republik. 3.ed, Wien 1997.
- Gál Susan, Der Gebrauch der deutschen und ungarischen Sprache in Oberwart, in: Ladislaus Trieber (Hg.), a.a.O., 313-324.
- Gaál Károly und Gerhard Neweklowsky (Hg.), Erzählgut der Kroaten aus Stinatz. (=Wiener slawistischer Almanach, Sonderbd. 10), Wien 1983.
- Gaál Károly, Kire marad a kisködömon?/Wer erbt das Jankerl, Szombathely 1984.
- Geosits Stephan (Hg.), Die burgenländischen Kroaten im Wandel der Zeiten, Wien 1986.
- Györi-Nayg Sandor: Vergleichende Minderheitensprachforschung im westpannonischen Raum. In: Pannonia 1/1986, 4-7.
- Heinschink Moses und Ursula Hemetek (Hg.), Roma. Das unbekanntes Volk, Wien 1994.
- Holzer Werner und Ulrike Pröll (Hg.), Mit Sprachen leben. Praxis der Mehrsprachigkeit, Klagenfurt/Celovec 1994.
- Holzer Werner und Rainer Münz (Hg.), Trendwende? Sprache und Ethnizität im Burgenland, Wien 1993.
- Imre Samu, A felsőöri nyelvjárás, Budapest 1971.
- Initiative Minderheitenjahr (Hg.), Wege zu Minderheiten in Österreich. Ein Handbuch, Wien 1993.
- Kann Robert A., Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918. (=Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost 4, 5), Graz, Köln 1964.
- Kaiser Andrea, Zweisprachige Volksschulen im Burgenland, Diss. Univ. Klagenfurt, Klagenfurt 1995.
- Mayerhofer Caudia, Dorfzigeuner - Kultur und Gesellschaft der Burgenland-Roma von der Ersten Republik bis zur Gegenwart, Wien 1987.
- Andreas Moritsch (Hg.) Vom Ethnos zur Nation. Der nationale Differenzierungsprozeß am Beispiel ausgewählter Orte in Kärnten und im Burgenland, Wien 1991.
- Nelde Hans Peter (Hg.), Historische Sprachkonflikte, Bonn 1989.
- Neweklowsky Gerhard, die kroatischen Dialekte des Burgenlandes und der angrenzenden Gebiete, Wien 1978.
- Nitsche Gerald, Österreichische Lyrik...und kein Wort Deutsch!, Innsbruck 1990.
- Österreichische Rektorenkonferenz, Lage und Perspektiven der Volksgruppen in Österreich, Wien 1989.
- Österreichisches Volksgruppenzentrum (Hg.), Volksgruppenreport 1996, Viktring/Vetrinj 1996.
- Pelinka Anton, Minderheitenpolitik im politischen System Österreichs, in: Rainer Bauböck, Gerhard Baumgartner, Bernhard Perchinig und Karin Pinter (Hg.), a.a.O., 23-37.
- Portschy, Tobias, Die Zigeunerfrage. Denkschrift des Landeshauptmannes für das Burgenland, Eisenstadt 1938.
- Rauchbauer Engelbert, Das Kroatische als Amtssprache im Burgenland, in: Gerhard Baumgartner, Eva Müllner, Rainer Münz (Hg.), a.a.O., 46-52.
- Sarközi Rudolf, Wege in die Zukunft. Zur aktuellen Situation der Roma und Sinti, in: Gerhard Baumgartner, Eva Müllner, Rainer Münz (Hg.), a.a.O., 100-107
- Schlag, G., Die Grenzziehung Österreich-Ungarn 1922/23. In: Burgenländische Forschungen. Sonderheft 7, Eisenstadt 1984.
- Schruiff Franjo, Bridges Instead of Walls. Minderheiten in Zentraleuropa, Wien 1993.
- Stojka Ceija, Wie leben im Verborgenen, Wien 1988.
- Stourzh, G., Geschichte des Staatsvertrages. 1945 - 1955. Österreichs Weg zur Neutralität, Graz 1980.
- Suppan, A., Die österreichischen Volksgruppen und Tendenzen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert, Wien 1983.
- Szeberényi Ludwig, Die ungarische Volksgruppe im Burgenland und ihr Volksgruppenbeirat, Wien 1986.
- Thurner Erika, Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich. Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte, Bd. 2, Wien, Salzburg 1983.
- Tichy Heinz, Die rechtlichen Voraussetzungen für die Erteilung des Unterrichts in den Volksgruppensprachen, in: Wiener Arbeitsgemeinschaft für Volksgruppenfragen _ Volksgruppeninstitut (Hg.), Unterricht und Bildung in den Volksgruppensprachen, Wien 1987, 11-57.
- Trieber Ladislaus (Hg.), Die Obere Wart, Oberwart 1977.
- Tyran Peter, Medien als Designer des neuen Outfits der Minderheiten, in: Stimme von und für Minderheiten 12, Jg.1994, 7-8.
- Tyroller Hans u.Ralph Jodlbauer, Skizzen zum Sprachgebrauch der Deutschen in Südtirol und der Kroaten im Burgenland, Bayreuth 1984.
- Veiter, Theodor, Das Recht der Volksgruppen und Sprachminderheiten in Österreich, Wien 1970.
- Volksgruppengesetz, BGBl. 396/1976.
- Wiener Arbeitsgemeinschaft für Volksgruppenfragen - Volksgruppeninstitut (Hg.), Unterricht und Bildung in den Volksgruppensprachen, Wien 1987.
- Zimmermann E., F Glavanits und A. Sattler: Das Schulwesen im Burgenland 1921-1971. Eisenstadt 1971.